

Vollversammlung

Vollversammlung
gegen Studiengebühren.
Dienstag, 4. Juni
14 Uhr Große Mensa

Antrag Seite 1

Demo 1

Demo gegen Studiengebühren
in Bochum
Mittwoch, 5. Juni
12 Uhr Hbf

Demo 2

NRW-weite Demo
gegen Studiengebühren
am Samstag, den
8. Juni, Düsseldorf

<http://www.bo-alternativ.de>



Vollversammlung am 4. Juni Streikt die RUB?

Dass die rot-grüne NRW-Landesregierung mittlerweile ganz offen mit dem Gedanken spielt bzw. schon sehr konkrete Pläne für die Einführung von Studiengebühren hat, dürfte mittlerweile bekannt sein. Weniger bekannt ist auch unter den Studierenden möglicherweise, wie viele StudentInnen als sogenannte Langzeitstudierende klassifiziert werden werden und möglicherweise schon ab dem nächsten Semester 650 Euro Studiengebühren berappen müssen. Dazu gibt es eine kleine Übersicht auf der zweiten Seite. Hier kann man sich leicht ausrechnen, wie viele Studis in Zukunft doch eher zum Sozialamt als zur Vorlesung pilgern werden.

Doch auch die „nur“ 50 Euro Gebühr mit denen die Studierenden die Landeskasse pro Semester entlasten sollen stellen einen nicht hinnehmbaren Vorstoß zur allgemeinen Einführung von Studiengebühren dar. Von dort dürften es nur noch wenige kleine Schritte zu einem vollständig entsolidarisierten Bildungssystem sein, in dem Kinder aus sozial schwachen Familien von vornherein keine Chance haben.

Die jüngsten Pläne der österreichischen Regierung, nach Studiengebühren auch Oberstufengebühren einzuführen, mag als abschreckendes Beispiel dafür herhalten, wie schnell das Grundrecht auf Bildung zu den Akten gelegt werden kann.

Aus diesem Grund gibt es am heutigen Dienstag dem 4. Juni, eine Vollversammlung, zu der die Fachschaften Geographie, Geologie-Mineralogie-Geophysik, Skandinavistik, Sozialwissenschaft, Publizistik, Mathematik, Biologie, Maschinenbau, Romanistik und Ostasienswissenschaften folgenden gemeinsamen Antrag stellen:

Die VV möge beschließen:

Die Studierenden der Ruhr-Universität Bochum treten von heute, den 04.06.2002 in einen befristeten Streik bis zum 11.06.2002 ein. Für diesen Tag wird eine Uni-Vollversammlung einberufen, um das weitere Vorgehen demokratisch abzustimmen.

Begründung:

In den vergangenen Wochen wurde bekannt, dass die rot-grüne Landesregierung die massive Einführung von Studiengebühren für alle plant. 50 Euro „Verwaltungsgebühren“ sollen pro Semester an das Land gezahlt werden. Für Seniorinnen und Senioren sowie für Langzeitstudierende sind sogar Gebühren von 500 bis 650 Euro vorgesehen. Desweiteren sollen die Landeszuschüsse an die Studierendenwerke gekürzt oder gar gestrichen werden, was einen deutlichen Anstieg des Sozialbeitrags (derzeit 119 Euro pro Semester) zur Folge hätte.

Wir werden die unsocialen Pläne der Landesregierung nicht hinnehmen. Jede Art von Studiengebühren verschärfen bestehende soziale Ungleichheiten, verhindern ein freies selbstbestimmtes Studium und widersprechen einer kritischen Reflexion von Lehrinhalten. Die Einführung von Gebühren würde für viele Studierende das Ende des Studiums bedeuten.

Die Vollversammlungen der Unis Bielefeld, Duisburg, Wuppertal, Essen und Köln haben bereits einen Streik gegen die Gebührenpläne und die katastrophale Bildungspolitik beschlossen. Wir meinen, dass sich die Ruhr-Universität dieser Protestform anschließen sollte, weil sie Freiräume für weitere Aktionen schafft und, wie in den schon streikenden Städten zu sehen ist, große Aufmerksamkeit auf sich zieht. Gemeinsam mit den anderen Hochschulen haben wir die Chance, die Gebühren jetzt noch zu verhindern. Ein Streik ist ein Symbol dafür, dass es so nicht weiter gehen kann. Unter diesem Schlagwort gilt es, sich zu sammeln, und mit einer großen Masse zu demonstrieren, dass wir uns Kürzungen, Fächerstreichungen und Gebührenerhebungen nicht länger gefallen lassen wollen.

Nach 30 Jahren wieder Studiengebühren in NRW Bildung ist Grundrecht

Die Privatisierung der öffentlichen Aufgaben schafft zunehmend größere soziale und wirtschaftliche Barrieren für die Menschen. Die Bundesregierung appelliert immer stärker an die Verantwortung des Einzelnen und vernachlässigt dabei ihre eigene Verantwortung gegenüber den BürgerInnen. So auch in der Bildung und Ausbildung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Für immer mehr Bereiche des öffentlichen Bildungs- und Ausbildungssystems werden Gebühren erhoben.

In Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland heißt es „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ Doch was nützt ein Anspruch, wenn die Voraussetzungen nicht vorhanden sind, um ihn wahrnehmen zu können? Der Schulunterricht ist kostenfrei und obligatorisch. Doch hört mit dem Verlassen der Schule das Recht auf Bildung und die freie Wahl des Berufes auf?

Laut dem Sozialstaatsgebot muss der Staat allen Bürgerinnen eine Chancengleichheit beim Zugang zu den Bildungseinrichtungen sichern, und zwar unabhängig von ihrem sozialen Status. Doch mit der Erhebung von Gebühren geht es sogar soweit, dass viele Ausbildungen für sozial schlechter Gestellte unmöglich sind.

Immagzeitstudiengebühren

Vor einigen Jahren führte Baden-Württemberg als erstes Bundesland sogenannte Langzeitstudiengebühren ein. Ab 2003 gibt es diese auch in Niedersachsen und dem Saarland. Dabei ist „Langzeitstudiengebühren“ eigentlich ein irreführender Begriff. Grundsätzlich kostet jedes Semester an einer Hochschule Gebühren – zur Zeit 500 Euro. Aber, alle StudentInnen besitzen ein von der Politik willkürlich festgelegtes kostenfreies „Bildungsguthaben“ – zur Zeit „Regelstudienzeit“ und vier weitere Semester. Die Erfahrung in Baden-Württemberg hat gezeigt, dass die Erhebung von Gebühren zu keiner Verbesserung in den Kassen der Hochschulen führt. Das Land hat die Studiengebühren genutzt, um die Zuschüsse für die Hochschulen

weiter zu beschneiden und so seinen Haushalt zu entlasten. Kein Wunder also, dass es bereits begehrlige Stimmen gibt, die die Anhebung der Studiengebühr oder die Verringerung des kostenfreien „Bildungsguthabens“ fordern. Somit sind die 500 Euro eine Strafgebühr für StudentInnen, die im Hochschulumpfs zwischen überfüllten Hörsälen, mangelhaft ausgestatteten Bibliotheken und einem Teilzeitjob ihre Bildung und Ausbildung zu bewältigen versuchen.

Gebühren auch in NRW

Den gleichen Weg will jetzt auch das Land Nordrhein-Westfalen gehen. Denn der Landesregierung fehlt zur Zeit sehr viel Geld in der Haushaltskasse. Erstmals seit der Gründung des Landes wurde eine Haushaltssperre verhängt. Doch die Mittel für Großprojekte wie den – nebenbei völlig unnötigen – Metrorapid werden nicht gekürzt. Somit soll das fehlende Geld lieber bei den Studis eingetrieben werden. Denn bekanntermaßen sind es genau jene, die jahrelang nichts anderes zu tun haben, als auf der faulen Haut zu liegen und BafoG abzuziehen.

Gebühren für was?

Die für NRW geplanten Gebühren sollen nicht für Reformen im Bildungsbereich benutzt werden. Doch sind diese dringend geboten. Denn jede/r Studierende weiß sehr gut, wie überfüllt die Hörsäle sind und wie leer – quasi als Ausgleich dafür – die Regale der Bibliotheken sind. Wenn man also in der Vorlesung schon nichts verstanden hat, findet man die nötigen Informationen entweder in den umliegenden Bibliotheken oder bei Obi (oder vielleicht im ARD WM-Studio). Das Geld

soll vielmehr das bestehende Haushaltsloch stopfen. Somit sollen also zu Lasten der Studierenden finanztechnische Fehler der letzten Jahre ausgegült werden. Und vermutlich geschieht dies auch, da die PolitikerInnen hoffen, dass ein Großteil der Bevölkerung Pläne zu Gebühren für Langzeitstudierende unterstützt. Nach einer kurzen spontanen Td-Umfrage in der WDR-Sendung *Westpol* sprachen sich über 80% der ZuschauerInnen für die Einführung von Strafgebühren aus. Dass aber fast 50% der Bochumer Studis (siehe Seite 2 dieser Zeitung) nach der Definition der Landesregierung schon viel zu lange studieren, scheinen viele nicht zu wissen oder geschickt zu verdrängen.

Mit diesen Studiengebühren-Modellen werden die Missstände des Hochschulsystems weiter verschärft: mangelnde Chancengleichheit beim Bildungszugang, verschärfte Bedingungen beim Erreichen des Abschlusses und gezielte Unterfinanzierung. Das sind aber nur Fragmente, die den Reformbedarf des gesamten Bildungssystems widerspiegeln: Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes ergab ein erschreckendes Bild der sozialen Lage der StudentInnen. In der Untersuchung über die Höhe der Bildungsausgaben der OECD rangiert Deutschland am hinteren Ende der Statistik und die jüngst veröffentlichte Studie PISA zeichnete ein katastrophales Bild des Zustands der deutschen Schulen.

Im deutschen Bildungssystem bedarf es nicht noch weiterer kurzfristiger Maßnahmen, die die soziale Auslese verschärfen – wie die Einführung von Studiengebühren. Gefragt sind langfristige Reformen, die ein solides Bildungssystem zum Ziel haben. Kommt also alle zur Vollversammlung und beteiligt euch aktiv an den Protesten. Denn: Wer jetzt nicht handelt – wird verkauft.

bsz aktuell

Streik, Streik, Streik

21. bis 24. Mai: Uni und FH Bielefeld streiken!
Infos unter www.asta-bielefeld.de

23. bis 3. Juni: UGH Duisburg streikt!
Infos unter www.uni-duisburg-essen.de/

24. Mai: Solistreik und Kundgebung an der Robert-Schuman-Gesamtschule Willich.

24. bis 31. Mai: BUGH Wuppertal streikt!
Infos unter www.asta.uni-wuppertal.de

27. Mai bis 7. Juni: FH Düsseldorf (Fachbereiche Sowe und Wirtschaft) streikt!
Infos unter www.asta-fh-koeln.de/

28. Mai bis 10. Juni: UGH Essen streikt!
Infos unter www.asta.uni-essen.de

29. Mai: Warnstreik und Aktionstag der Uni Köln.
Infos unter www.asta.uni-koeln.de

3. Juni: UGH Siegen streikt! Infos unter www.uni-siegen.de/student/asta

3. bis 5. Juni: Uni Trier streikt! Infos unter www.unistreik.de FH Köln/Campus Gummersbach streikt!
Infos unter www.asta-fh-koeln.de/

4. bis 10. Juni: Uni Köln streikt!
Infos unter www.asta.uni-koeln.de

Geduldet und geschützt von der Polizei: 260 bei Neonazikonzert in Herne

Herne am 1.6.: Die Szenerie erinnert stark an das Neonazikonzert mit 1.300 Nazis, welches letztes in Dortmund stattfand: Neonazis planen ein Konzert, melden es als Geburtstagsfeier an, und die Polizei ist über den wahren Zweck informiert, gewährleistet jedoch einen reibungslosen Ablauf. Mal wieder will man keine Möglichkeit zum Verbot gehabt haben.

Schon am frühen Abend des 1.6. hatten sich ca. 60 Nazis vor der in einem Herneer Gewerbepark gelegenen Halle des Getränkehandels „Schön“ versammelt. Dort warteten sie in trauter Einigkeit mit zwei Einsatzhundertschaften auf den Beginn des Konzerts, gegen 20 Uhr waren dann gut 260 rechte Skinheads eingetroffen, welche aus ganz NRW, aber auch aus anderen Bundesländern angereist waren. Die Polizei beschränkte sich darauf, die Personalien der Nazis sowie deren PKW zu kontrollieren. An einer Verhinderung der Veranstaltung hatte man wohl kein Interesse, war das Konzert doch vorher angemeldet worden. Zwar als private Geburtstagsparty, doch war den Behörden der Charakter des Ganzen bekannt, ansonsten wären kaum zwei Einsatzhundertschaften der Polizei vor Ort gewesen. Die Pressstelle der Polizei behauptet nun, man hätte sich mit Staatsanwaltschaft und Ordnungsamt zusammengesetzt, allerdings keine Möglichkeit für ein Verbot gesehen, da es sich um eine private Veranstaltung gehandelt habe. Ein Vorgehen, das nicht besonders glaubwürdig erscheint, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Behörden Randalen befürchtet und Angst vor antifaschistischen Protesten hatten, sich nun erleichtert zeigen, das beides unterlieben ist. Wahrscheinlicher ist wohl, dass man es vorgezogen hat, die Neonazis ungestört feiern zu lassen und die Öffentlichkeit bewusst nicht informiert hat, um etwaige Gegendemonstrationen zu verhindern.

Diesen Eindruck bekam man auch am Abend des 1.6. selbst. PolizistInnen unterhielten sich angeregt mit Neonazis, Straftaten konnten die OrdnungshüterInnen nicht feststellen. Wie sollten sie auch. Wer nichts hören und sehen will, hört und sieht bekanntlich auch nichts. Denn das Konzert selbst, samt den dort geäußerten Liedern und Parolen war ihnen wohl mehr oder weniger gleichgültig.

So berichtet die Polizei anschließend, die Feier sei bis zum Ende um drei Uhr „störungsfrei“ verlaufen – was sich vermutlich darauf bezieht, dass es zu keinen antifaschistischen Protesten kam, denn das war wohl die einzige Gefahr die man sah. „Handzahn“ seien die Nazis gewesen, so ein Bochumer Kommissar vom Dienst, solange es also draußen keine Randalen gibt, hat man mit den Nazis anscheinend keine Probleme. Da können sie drinnen hetzen und feiern, wie sie lustig sind.

„Blood and Honour“

Gleich vier Rechtsrock-Bands spielten bei dem Konzert, so die Dortmundener Neonaziband „Oidoxie“ um Marco Gottschalk, welche enge Kontakte zum in Deutschland verbotenen internationalen Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour“ pflegt. Der Titel ihrer aktuellen CD „Weiß

& Rein“ spricht für sich, ihre CD „Schwarze Zukunft“ wurde auf staatsanwaltlichen Beschluss hin beschlagnahmt. Im März dieses Jahres war es jene Band gewesen, die in Dortmund als Gastgeber für ein Konzert mit 1.300 Nazis fungiert hatte. KennerInnen der Szene verwundert es nicht, dass ein solches Konzert nun in Herne stattfand, gibt es dort doch eine ausgeprägte Neonaziszene, zu der u.a. auch die Band „Ruhrstörung“ gehört, welche vermutlich ebenfalls spielte.

Bedeutung

Es stellt sich die Frage, womit es zu rechtfertigen ist, dass ein riesiges Polizeiaufgebot eine Feier ermöglicht, bei der Jugendliche zu rassistischer Musik feiern und sich mit CDs mit menschenverachtenden Texten eindecken. Schon lange ist bekannt, dass gerade die sogenannte „White-Power-Music“, ähnlich wie Aufmärsche, der extremen Rechten zur Politisierung und Heranführung von Jugendlichen an die Szene dient. Nicht zu Unrecht stellte der Pressesprecher der Unabhängigen Antifa Herne, Arthur Brachte, in einer Erklärung fest, dass organisierte Neonazis durch „die Veranstaltung von rechtsextremen Konzerten versuchen, junge Leute in die Szene einzubinden und ihre Strukturen zu stärken.“

Gerade deshalb mutet es abenteuerlich an, wenn Behörden wie im Fall Dortmund die Brisanz solcher Veranstaltungen mit dem Argument herunterspielen, diese hätten ja keine Aussenwirkung erzielt oder wie nun in Herne, die politische Dimension des Ganzen verleugnen und insistieren, es habe keine Straftaten gegeben, die ein Eingreifen nötig gemacht hätten.

Carsten Draeger

Studiengebühren für alle – nie und nimmer

Jeder Zweite muss zahlen

Ein Großteil der Studierenden hofft sicherlich, dass der Gebührenkelch an ihnen vorüberziehen möge. Doch ist dieser Wunsch für viele nur ein frommer. Es ist nämlich so, dass, wenn das geplante Modell verabschiedet wird, eine große Anzahl von Bochumer Studis Gebühren zahlen müssten. Denn dieses sieht vor, jedeN welcher bereits vier Semester über der Regelstudienzeit liegt, in den meisten Fächern also ab dem 13. Semester, zur Kasse zu bitten. Die findigen RedakteurInnen der bsz haben weder Kosten noch Mühe gescheut, um herauszufinden, wieviel Prozent demnächst wohl nicht mehr studieren, sondern Sozialhilfe beantragen werden.

keine Angaben möglich. Wie aus der letzten Zeile der Tabelle unwiderruflich hervorgeht, ist fast die Hälfte aller ordentlichen Studierenden nicht nur im heuristischen, sondern vor allem im gebührenfähigen Semesteralter. Somit muss es auf jeden Fall Ziel des anstehenden Streiks sein, Gebühren jetzt und für immer zu verhindern. Ein Gegenvorschlag zur Deckung des nordrhein-westfälischen Haushaltsloches seitens der bsz, einer bekanntermaßen sehr konstruktiven, um politische Alternativen immer bemühten Zeitung, wäre übrigens die Nichtauszahlung der Diäten der Landtagsabgeordneten für das nächste Jahr. Das dadurch gesparte Geld sollte den Haushalt der NRW-Landesregierung wohl sanieren.

Dazu haben wir euch nebenstehend eine Übersichtstabelle erstellt, anhand derer man für jede Fakultät ersehen kann, wieviel Prozent der dort eingeschriebenen Studis Gebühren zahlen müssten. Leider sind für die MedizinerInnen aufgrund der Tatsache, dass dieses Studium in der Regel mit der Promotion endet,

Fach	StudentInnen im Fach gesamt	Anteil davon, die im oder über dem 13. Hochschulse semester sind
Ev. Theologie	371	68%
Kath. Theologie	206	62%
Philo, Päd., Publizistik	1614	54%
Geschichte	2453	59%
Philologie	6375	48%
Jura	4043	39%
Wiwi	3845	39%
Sowi	1941	59%
Ostasienwissenschaften	363	54%
Sport	1028	37%
Psychologie	1040	43%
Bauing	1047	38%
Maschbau	949	46%
E-Technik	1073	48%
Mathe	519	59%
Physik	659	64%
Geographie	1351	51%
GMG	374	64%
Chemie	622	43%
Biologie	1332	31%
Gesamt ohne Medizin	31875	48%

Anzeige

– Mensa-Plan für die Zeit vom 4. bis 7. Juni –

Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
DIENSTAG, 4.6. (S) Schweinefleischgulasch mit einer Rahmsauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Bohnen-Maisgemüse	Puten „Cordon bleu“ mit einer Geflügelsauce, dazu Maccaroni und ein Salat	Bami-Medaillon mit einer Asiasauce, dazu Vollkornnudeln und ein Asia-gemüse	Rindergulasch in einer Paprikasauce, dazu Spaghettinudeln und Rotatouille-Gemüse	(S) Gebratenes Schweine-steak mit Röstzwiebeln und Kräuter-Butter, dazu Salatgarnitur
MITTWOCH, 5.6. Lammhacksteaks mit einer Zwiebelsauce, dazu Rahmkartoffeln und ein Bohnengemüse	Hähnchenbrust „Picato-Milane-se“ mit einer Käsesauce, dazu Spaghettini und ein Salat	Riesen-Rösti mit Broccoli und Käse überbacken, dazu eine Tomatensauce und ein Salat	(S) Schweinefleisch-Salzbraten mit Bratensauce, dazu Waffel-Kartoffeln und Blumenkohl	Wildragout in Champignon-Wacholder-beer-Sauce, dazu Kartoffel-kloße und Apfelkompott
DONNERSTAG, 6.6. Cevapcadi mit einer Pfefferrahmsauce, dazu Pommes frites und ein Salat	Putenschnitzel mit einer Tomatensauce, dazu grüne Nudeln und ein Erbsengemüse	Polenta-Käse-Schnitte mit einer Käsesauce, dazu Vollkornreis und ein Bohnengemüse	(S) Schweinefleisch-Bällchen mit Paprikasauce, dazu Gemüsereis und Krautsalat	Hähnchenkeule mit einer scharfen Sauce, dazu Pommes frites und ein Balkangemüse
FREITAG, 7.6. Schweine-Geschnetzeltes in einer hellen Champignon-Rahmsauce, dazu Reis und ein Fingermöhrengemüse	Fischburger mit einer Remouladensauce, dazu Kartoffelsalat und ein Salat	Gemüseschnitzel mit einer Balkansauce, dazu Vollkornspaghettini und ein Rahmgurkensalat	Geflügelgulasch mit grünen Nudeln und Butterbohnen	Gebackenes Fischfilet mit einer Remouladensauce, dazu Gemüsekartoffelsalat und eine Salat-Beilage



Mittwoch, 5. Juni

Demo gegen Studiengebühren

12 Uhr, Treffpunkt: Bochum Hbf

„Grenzcafé“

Informationscafé zum antirassistischen und internationalen Grenzcamp in diesem Sommer
18h, Heinz-Westphal-Haus, Dorstenerstraße 262, Herne-Wanne

Donnerstag, 6. Juni

Soziale Konstruktion von Geschlecht

Die ag feministische theorie und praxis veranstaltet ein Seminar zum Thema „Soziale Konstruktion von Geschlecht“. Angesprochen fühlen sollen sich alle Studentinnen und Studenten, die Interesse an feministischer Theorie haben. Das Seminar ist als Einführung konzipiert, Vorkenntnisse sind also nicht erforderlich. Nach einem kurzen Einführungsreferat zum Thema wollen wir noch drei Texte diskutieren, die in einem Ordner („Feministische Theorie“) im Kulturreferat (gegenüber vom AusländerInnenzentrum) zu finden sind.

10h bis 13h, AusländerInnenzentrum (hinter dem Kulturcafé)

Theateraufführung „Inek“

„Inek“ (Die Kuh), nach Nazim Hikmet; Theateraufführung der Jugendbühne Bochum in türkischer Sprache
19.30 Uhr Bhf., Langendreer (Vorverkauf EUR 6,-), Bochum

Freitag, 7. Juni

Vernissage

Vernissage der Ausstellung „Antonius Kho - Figuren/ationen/ Masken“ (bis 29.6.); mit einer Einführung von Johannes Bunk, Referat für interkulturelle Kunstprojekte, Köln
20 Uhr, Bochumer Kulturrat (Lothringer Str. 36c), Bochum

Samstag, 8. Juni

NRW-weite Demo

„Wer jetzt nicht handelt, wir verkauft“
13.30 Uhr, Düsseldorf Hbf

„Sie sagen nie Nein“

Erlebnisbericht über vier Jahre in Djakarta, Indonesien, von Dr. Babett Bolle
20 Uhr, Bochumer Kulturrat (Lothringer Str. 36c), Bochum

Dienstag, 11. Juni

Tatort Deutschland

Diskussions- und Planungstreffen anlässlich der kommenden Bundestagswahl
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Raum 6), Bochum

Politischer Dienstag des ASTA:

Thomas Uwer und Paul Mentz: Israel und die deutsche Linke
20 Uhr, Kulturcafé an der Ruhr-Uni, Bochum

Anticafé

Das Anticafé in der Innenstadt öffnet wieder seine Tore. Hier könnt Ihr nett quatschen, reden oder wild diskutieren. Ihr könnt euch über das was in Bochum und Umgebung so abgeht informieren. Oder einfach eure Seele in ungezwungener Umgebung baumeln lassen. Ihr könnt nette Musik mitbringen oder hören und über einen Büchertisch stöbern. Lecker Essen und was zu trinken gibt es auch. Also schaut vorbei!
18 Uhr, Haus der Alevitischen Gemeinde, Hermannshöhe 7

:bszimpressum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz